

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 04.02.2021,  
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:01 Uhr  
Ende: 18:43 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Annette Brun Heiden

#### Mitglieder:

Michael Boland	Bocholt	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Katharina Detert	Gronau	
Nadine Heselhaus	Raesfeld	
Hildegard Höltermann	Vreden	
Gundula Homann	Reken	
Richard Kassner	Velen	
Sergej Kernebeck	Gronau	
Daniela Kersting	Legden	
Anne König	Borken	
Franz Küstner-Rensing	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	Vertretung für Elena Raupach
Veronika Schlosshan	Ahaus	
Mechthild Schulze Schwering	Velen	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jens Terbeck	Bocholt	
Gertrud Welper	Vreden	Vertretung für Maja Becker

#### beratende Mitglieder:

Dr. Thorsten Jacobi	Borken
André Ludwig	Bocholt
Silke Nürnberg	Borken
Matthias Schlettert	Borken
Annette Sühling	Borken
Martina Terfurth	Bocholt

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Elisabeth Büning	
Nina Dittberner	
Norbert Göcke	



**Punkt 3: Beratung des Haushaltsentwurfes 2021 - Budget 05 - Produkte 05.01.01 bis 05.04.01, 05.07.01 bis 05.07.02**  
**Vorlage: 0002/2021/KREIS**

---

Herr Ludwig erkundigt sich nach Gründen für die Steigerung von Sach- und Dienstleistungen bei den Förderschulen und Berufskollegs und hinterfragt zugleich die Kosten i.H.v. 100 T-€ für die Ausstattung des Lehrerzimmers am BK Bocholt-West.

Im Wesentlichen seien die Sach- und Dienstleistungen durch individuelle Bedarfe der Schulen bestimmt, erläutert hierzu Elisabeth Büning. Notwendige Einzelmaßnahmen würden mit den Schulleitungen abgestimmt und sorgten für jährliche Veränderungen im Schulbudget. Das Kostenvolumen der Lehrerzimmersanierung sei in der Größe des Kollegiums begründet.

Mit Bezug auf die Kennzahlen im Teilprodukt 05.01.01.2 - Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf NRW (S. 298 im Haushaltsplan) – fragt Herr Küstner-Rensing in welchem Umfang Potentialanalysen stattgefunden hätten oder ob aufgrund von Corona alternativ Online-Formate geplant seien.

Die Potentialanalysen hätten überwiegend stattgefunden, hebt Elisabeth Büning hervor. Es bereite dennoch Sorge, wie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eine Vermittlung der Abschlussjahrgänge in Ausbildung oder andere Bildungsgänge gelingen könne. Die zahlreich vorhandenen Online-Angebote zur Berufsorientierung seien keine Alternative - insbesondere für „schwächere“ Jugendliche. Für diese sei der persönliche Kontakt bzw. Praxiserfahrung in Betrieben und Unternehmen zwingend notwendig. Frau Büning verweist auf ein geplantes Gespräch mit Arbeitsagentur und Bezirksregierung am Folgetag.

Hierzu ergänzt Dr. Hörster, an vielen Schulen seien die Berufsfelderkundungen auf Mai 2021 verschoben worden.

Frau Sühling bestätigt als Schulleitung die große Bedeutung persönlicher Ansprachen für einen Teil der Schülerschaft. Die Schulsozialarbeit unterstütze derzeit stark bei der Kontaktvermittlung.

Auf Nachfrage von Herrn Terbeck, ob im kommenden Jahr an der Hans-Christian-Andersen Schule eine OGS eingerichtet werde, weist Elisabeth Büning auf die weiterhin vakante Schulleitung an der Hans-Christian-Andersen Schule sowie den Mangel an Sonderpädagogen hin. Seitens der Bezirksregierung werde keine Lösung in Aussicht gestellt. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sei daher die Einrichtung einer OGS nicht leistbar.

Herr Terbeck wirft bezugnehmend auf die Entwicklung der Kosten für den Schülerspezialverkehr weiterhin die Frage nach Erstattungsmöglichkeiten für den Schulträger Kreis Borken auf.

Die Kosten seien vollumfänglich vom Schulträger zu leisten. Eine Erstattungsmöglichkeit bestehe nicht, so Frau Büning. Durch verstärkten Einsatz der Schulsozialarbeit werde versucht, Alternativen zu kostenintensiven Individualbeförderungen zu schaffen. Auf diese Weise unterstütze der Kreis die Schulen zusätzlich und über die gesetzlichen Vorgaben hinaus.

Im Folgenden wird der Antrag der SPD-Fraktion zur finanziellen Unterstützung der Bezirksschülervertretung Borken (BZV) behandelt. Einleitend spricht Herr Kassner dem Bildungsbüro des Kreises Borken Dank für die intensive Begleitung der BZV in den vergangenen beiden Jahren aus. Mit Blick auf das derzeit umständliche Verfahren der Auslagererstattung über Landesförderungen und das Volumen des Gesamthaushaltes des Kreises Borken, bittet er um Zustimmung zu einer jährlichen Förderung der BZV i.H.v. 1.000 €.

Dr. Hörster schlägt vor, keine pauschale Fördersumme im Haushalt bereitzustellen, sondern vorgelegte Rechnungen bis zu 1.000 € jährlich über das Bildungsbüro erstatten zu lassen.

Die CDU-Fraktion wie auch die GRÜNE-Fraktion unterstützen den Vorschlag als praktikabel.

Dem Antrag 05-02 wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Vorsitzende Frau Brun den Beschlussvorschlag zum Entwurf des Haushalts zur Abstimmung.

**Beschluss:** beschlossen  
15 Ja-Stimmen  
3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2021 - bezogen auf die Produkte 05.01.01 bis 05.04.01 und 05.07.01 bis 05.07.02 des Budgets 05 - Bildung, Schule, Kultur und Sport - wird zugestimmt.

**Punkt 4: Aktueller Sachstand der Corona-Pandemie im Bereich Schule**  
**Vorlage: 0023/2021/KREIS**

Zunächst verweist Kreisdirektor Dr. Hörster auf die Sitzungsvorlage. Anschließend gibt er einen Überblick zur Anzahl der Schüler\*innen, die derzeit eine Notbetreuung an den kreiseigenen Förderschulen in Anspruch nehmen:

	Brüder-Grimm-Schule	Neumühlenschule	Hans-Christian-Andersen-Schule	Overbergschule Bocholt	Overbergschule Ahaus
Schüler*innengesamt	146	150	116	114	89
Notbetreuung	30	36 wird nicht differenziert	12	4	./.
erweiterte Betreuung	17		3	5	9

In der integrativen Kindertagesstätte des Kreises Borken würden derzeit im Rahmen des eingeschränkten Pandemie-Betriebes 20 von 37 Kindern betreut. Die weitere Entwicklung sei nicht prognostizierbar.

Der Ausschuss für Bildung und Schule nimmt den aktuellen Sachstand der Corona-Pandemie im Bereich Schule zur Kenntnis.

**Punkt 5: Verzicht auf die Erhebung von OGS-Beiträgen für die OGS an kreiseigenen Förderschulen im Zuge der Coronavirus-Pandemie ab Januar 2021**  
**Vorlage: 0035/2021/KREIS**

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf das Vorgehen im Frühjahr 2020. Hier hatten sich die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände darauf verständigt, den betroffenen Eltern die Elternbeiträge im Bereich der Offenen Ganztagsbetreuung im Schulbereich zu erstatten. Das Land und die Kommunen trugen jeweils 50 Prozent dieser Ausgaben. Für Januar 2021 gebe es bereits eine Zusage des Landes.

**Beschluss:** einstimmig

1. Auf die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Beitragssatzungen für die Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) an Förderschulen des Kreises Borken wird für den Januar 2021 verzichtet. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wurde.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Erhebung der Elternbeiträge ganz oder teilweise auch für die Folgemonate zu verzichten, soweit das Land NRW auch die hälftige Übernahme des daraus entstehenden Einnahmeausfalls für diesen Zeitraum zusagt.

**Punkt 6:           Aktueller Sachstand DigitalPakt Schule**  
**Vorlage: 0391/2020/KREIS**

---

Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage stellt Frau Büning den Sachstand im Bereich Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen dar. Insbesondere seien alle Lehrerendgeräte inzwischen ausgeliefert und an den Berufskollegs bereits im Einsatz. An den Förderschulen bedürfe es teilweise noch der Unterstützung der kreiseigenen IT, um die Erst-Konfiguration umzusetzen.

Bei den Schülerendgeräten stehe die Lieferung teilweise noch aus, da sich der Schulträger Kreis Borken für seine Förderschüler\*innen im Sinne einer einfachen Handhabung für iPads entschieden habe. Hier seien die Lieferzeiten derzeit etwas länger. Im Ergebnis würde an den Förderschulen beinahe eine Vollausrüstung erreicht. Ohnehin könnten auch aus dem aktuellen Bestand alle bedürftigen Schüler\*innen der kreiseigenen Förderschulen und Berufskollegs bedient werden.

Zu den Ansprüchen bedürftiger Schüler\*innen aus dem SGB II verweist Kreisdirektor Dr. Hörster auf ein LKT-Rundschreiben vom 02.02.2021 (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Herr Kernebeck erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand der technisch-pädagogischen Einsatzkonzepte bei den kreisangehörigen Kommunen. Es ergebe sich aus dem interkommunalen Austausch aufgrund sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen bei den Schulträgern ein heterogenes Bild, erklärt Frau Büning. Das sehr kleinteilige und aufwendige Antragsverfahren im Rahmen DigitalPakt sei von den Schulleitungen alleine nicht zu bewältigen.

Herr Terbeck fragt, wie mit Schüler\*innen umgegangen wird, die nicht über einen Internetzugang verfügen. Der Internetanschluss werde bei der Bereitstellung der Endgeräte abgefragt, beschreibt Frau Büning. Bisher seien beim Schulträger Kreis Borken keine Problemanzeigen eingegangen. Alternativen, wie SIM-Karten, seien bisher nicht ausgehändigt worden. Die fehlende Kontrolle von Schüler\*innen im Rahmen von Distanzunterricht sei problematischer. Dazu ergänzt Frau Sühling, am Berufskolleg Borken arbeiteten die Schulsozialarbeiter\*innen vor diesem Hintergrund an einem Konzept zum Distanzunterricht.

Weiterhin erkundigt sich Herr Terbeck nach dem Konzept zum First-Level-Support sowie nach der Finanzierung von zukünftigen Ersatzbeschaffungen.

Der First-Level-Support müsse vor Ort geleistet werden, erklärt Frau Büning. An den kreiseigenen Berufskollegs sei dies bereits geübte Praxis. Die Förderschulen bedürften hier Unterstützung. Daher sei in der IT-Abteilung des Kreises eine zusätzliche Stelle eingerichtet worden.



Gronau. Er verweist zudem auf eine in der Bürgermeisterkonferenz des Vormittags ausgesprochene Bitte aller 17 kreisangehörigen Kommunen, eine mögliche Finanzierungslücke i.H.v. 30 bis 60 T-€ im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms aus Kreismitteln zu decken.

Herr Kernebeck fragt, in welcher Form Sprachvermittlung umgesetzt werde. Zu unterscheiden seien hier die reine Übersetzungstätigkeit des Sprachmittlerpools von konkreten Angeboten der Sprachförderung, erklärt Frau Büning. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Sprachmittler habe sich – gerade auch in Zeiten der Pandemie – sehr bewährt, hebt Dr. Hörster hervor. Hinsichtlich der Sprachförderung liege das Kernproblem bzw. der Arbeitsschwerpunkt des Kommunalen Integrationszentrums auf der Heranführung und der Begleitung zu passenden Sprachangeboten. Diese Form der rechtskreisübergreifenden Bekümmernisse solle im Zuge von KIM weitergeführt werden.

Frau Welper erklärt, das vorliegende Konzept sei sehr zu begrüßen. Es handele sich um eine qualitativ sehr gute Weiterentwicklung des bisherigen Angebotes und erleichtere den Übergang in den Arbeitsmarkt. Sie erkundigt sich abschließend, ob es statistische Erhebungen zur Erfolgsquote gebe.

Das Monitoring im Rechtskreis Migration gestalte sich sehr komplex, führt Elisabeth Büning aus. Eine intensive Vernetzung in der Region sei dem Kommunalen Integrationszentrum zwar gelungen, eine Übersicht in der angefragten Form sei jedoch nicht sinnvoll leistbar.

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss für Bildung und Schule empfiehlt dem Kreistag, die Inanspruchnahme des Landesprogramms „Kommunales Integrations-management“ (KIM) zu befürworten.

**Punkt 9: Jugendpartizipation fördern, Schülervertretung unterstützen!;  
Antrag der SPD-Fraktion v. 27.01.2021  
Vorlage: 0085/2021/KREIS**

---

Herr Kastner erklärt, der Vorschlag der Verwaltung, ein/e Vertreter/in der Bezirksschülervertretung Kreis Borken (BSV) gem. § 41 Abs. 5 S. 6 KrO NRW als Betroffene in schulischen Angelegenheiten hinzuzuziehen, sei nicht ausreichend, da somit kein Rede- und Stimmrecht bestehe. Die SPD-Fraktion schlägt vor, eine/n BSV-Vertreter/in gem. § 41 Abs. 6 KrO NRW als sachkundige/n Einwohner/in in den Ausschuss für Bildung und Schule aufzunehmen.

Kreisdirektor Dr. Hörster zeigt die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bestimmung sachkundiger Einwohner auf. Er stellt klar, dass eine feste Person namentlich zu benennen und eine Entscheidung dann ausschließlich über den Kreistag herbeizuführen sei. Weiterhin betont er, der Vorschlag der Verwaltung zeige das ernsthafte Begehren auf, der Bezirksschülervertretung Kreis Borken Partizipation zu ermöglichen.

Frau König erklärt, die CDU-Fraktion sehe den Vorschlag der Verwaltung als gutes Angebot, welches eine flexible Handhabung auch bei personellen Wechsels innerhalb der Bezirksschülervertretung ermögliche.

Die GRÜNE-Fraktion habe sich auch sehr daran gestört, dass kein eigenes Rede- und Antragsrecht vorgesehen sei, merkt Frau Welper an. Hierzu ergänzt Frau Homann, ein Rede- und Antragsrecht könne Signalwirkung für Jugendliche haben.

Herr Küstner-Rensing unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Rahmenbedingungen gebe es keine andere Lösung.

Herr Ludwig rät dringend davon ab, dem Antrag der SPD-Fraktion nachzukommen. Die Gremienmitglieder seien in einem formellen Verfahren im Rahmen der Kommunalwahl gewählt worden. Dieses demokratische Verfahren dürfe nicht umgangen werden.

Der SPD-Fraktion wird anschließend eingeräumt sich kurz zu beraten. Die Vorsitzende Frau Brun unterbricht um 18:30 Uhr nach einstimmigem Beschluss die Sitzung. Um 18:40 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Herr Kastner erklärt, die SPD-Fraktion sei zu dem Beratungsergebnis gekommen, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen. Er betont, die konkrete Umsetzung im Rahmen der politischen Arbeit werde seitens der SPD-Fraktion kritisch begleitet. Auf Dauer werde man sich nicht mit dieser Lösung zufriedengeben.

Frau Brun stellt den folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

*Für die Wahlperiode 2020 – 2025 wird ein/e Vertreter/in der Bezirksschülervertretung Kreis Borken gem. § 41 Abs. 5 Satz 6 KrO NRW zu den Beratungen im öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Schule hinzugezogen.*

*Bei Verhinderung kann ein/e Stellvertreter/in an den Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Schule teilnehmen.*

**Beschluss:** einstimmig

**Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung**

---

keine

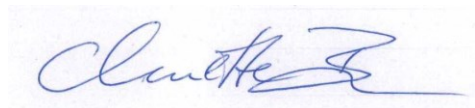
**Punkt 11: Anfragen**

---

keine

**Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende Frau Brun schließt die Sitzung.



---

Annette Brun



---

Nina Dittberner